

ANTRÄGE

1) Rundfunkgebühren für gehörlose beziehungsweise blinde Menschen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ein Thema, das wir schon öfter hier erörtert haben, Rundfunkgebühren für gehörlose beziehungsweise blinde Menschen. Früher waren behinderte Menschen generell von der Rundfunkgebühr befreit. Im Juli 2003 wurde im Budgetbegleitgesetz eine neue Regelung beschlossen.

Die neue Verordnung macht die Gebührenbefreiung vom Familiengesamteinkommen abhängig. Es ist auch gerecht, dass nun beispielsweise ein Rollstuhlfahrer, der Diplomingenieur ist, der wirklich gut verdient, das TV-Angebot zur Gänze wahrnehmen kann, dass der zur Kassa gebeten wird.

Leider diskriminiert die Verordnung aber auch gehörlose und blinde Menschen. Diese Gruppe kann vom ORF-Angebot maximal 19 Prozent konsumieren, muss aber, ab einem gewissen Einkommen, die volle Gebühr entrichten. Die Blinden- und Gehörlosen-Vertretungen sind bereit, weiterhin zu bezahlen, fordern aber die Zweckbindung ihrer Beiträge für den Ausbau des integrativen Fernsehens.

2003 verabschiedeten wir hier im Gemeinderat eine diesbezügliche einstimmige Petition in Richtung Wien. Leider konnten die Blinden- und Gehörlosenverbände bis heute kaum Verbesserungen feststellen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz soll mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der ORF wird aufgefordert, die GIS-Beiträge von sinnesbeeinträchtigten Menschen zur Gänze für den Ausbau des vollintegrativen Fernsehens zweckgebunden einzusetzen. Danke (Applaus ÖVP).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.

2) Zugänglichkeit des LKH-Geländes

GR. Mag. **Kowald** stellt namens von ÖVP, Grünen, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen! Das LKH-Gelände ist leider noch nicht barrierefrei ausgestattet. Das Landeskrankenhaus Graz genießt österreichweit und sogar weltweit einen sehr, sehr guten Ruf. Zum Glück, das lobt und zeichnet auch unsere Stadt Graz aus, obwohl es sich um ein Landeskrankenhaus handelt. Täglich suchen Hunderte, wenn nicht sogar Tausende das LKH-Gelände auf, müssen es aufsuchen, keiner geht freiwillig ins Krankenhaus. Das LKH-Gelände bietet weder Orientierungshilfen für Menschen mit Blindheit, noch ist es für andere Menschen mit einer Behinderung barrierefrei ausgestattet. Auch ältere Menschen sprechen von Orientierungslosigkeit am Gelände. Diejenigen, die nicht mit dem Privat-Pkw anreisen, mit dem Privat-Pkw darf man ja nur limitiert noch ins LKH-Gelände einfahren, weitestgehend muss man im Parkhaus oder anderen Parkplätzen sozusagen sein Auto deponieren. Wenn man aber mit dem öffentlichen Verkehr anreist, hat die Stadt Graz, ich möchte mich an dieser Stelle bedanken zum

einen bei der Frau Dipl.-Ing. Constanze Koch-Schmuckerschlag und zum anderen beim Herrn Dipl.-Ing. Oskar Kalamidas, den Weg von der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 7 in St. Leonhard bis zum Eingang ins LKH barrierefrei ausgestattet, dann ist es aber Schluss. Wenn man über die Stiegen nach oben gegangen ist, wird man noch taktil geführt und dann ist es the End. Man kommt auch noch mit dem Lift vom Parkhaus nach oben und dann ist es mit der Barrierefreiheit aus.

Das LKH-Gelände bietet weder Orientierungshilfen für Blinde oder Sehbehinderte noch ist es für andere Behinderungsarten barrierefrei, in keiner Art und Weise. Auch ältere Menschen sprechen sehr oft von Orientierungslosigkeit, das hat aber nichts mit dem Alter zu tun, sondern, wenn man nicht sehr oft auf das LKH-Gelände muss, findet man schlicht und einfach beim ersten Mal sich nur sehr schlecht zurecht. Graz ist aber auch Stadt der Menschenrechte oder sagen wir eher dazu, Stadt der Menschenwürde sollte Graz sein. Man muss an dieser Stelle aus diesem Grund unbedingt tätig werden. Jetzt ist es aber auch so, dass seit kurzem sich auch das Land Steiermark endlich dazu durchgerungen hat, Menschen bei sich einzustellen, ich danke an dieser Stelle Herrn Dipl.-Ing. Reinfried Plaha und Herrn Leo Pürer, die seit vielen Jahren im Bereich Barrierefreiheit tätig sind und auch selbst davon betroffen sind.

Ich vergleiche an dieser Stelle das LKH-Gelände auch mit einem Körper. Der Körper bietet zwar grundsätzlich einiges an, aber ist noch nicht ganz eindeutig barrierefrei zugänglich und es bedarf daher noch eines kleinen Schiffs. Am Gelände verkehren jetzt nicht nur sehr, sehr viele Patienten und Fußgänger, es verkehren am LKH-Gelände auch sehr oft Ambulanzfahrzeuge, mitunter auch Notarztwagen mit einer großen Geschwindigkeit. Gehsteige gibt es nur zum Teil. Denken Sie dabei an dieser Stelle an Witterungsverhältnisse wie Schnee, Eis, Regen, es ist enorme Unfallgefahr vorhanden und das Risiko ist sehr, sehr hoch. Radfahrer sind für Menschen mit Blindheit oder hochgradiger Sehbehinderung meist nicht oder nur sehr schlecht zu hören. Denken Sie daran, es sind auch viele andere Fahrzeuge unterwegs. Für Menschen mit Blindheit wäre ein tastbarer Plan am Ende des Stiegenaufgangs eine erste Abhilfe. An dieser Stelle befindet sich ein Übersichtsplan für sehende Menschen. Da ist eben oben aufgezeichnet, wo befindet sich welches Klinikum und dann muss man sich am Gelände zurechtfinden. Es wäre auch eine erste Hilfe, wenn es zum Beispiel eine zentrale Homepage gäbe mit verschiedenen Links, in denen

eine Wegbeschreibung zu den einzelnen Kliniken beschrieben ist. Wenn ich zum Beispiel von zu Hause anklicken kann, wie komme ich zur HNO und ich bekomme da beschrieben vom Treppenaufgang, Eingang ins LKH-Gelände, muss ich zwei Straßen nach rechts weitergehen und dann bei der dritten Straße nach links eine 90-Grad-Biegung nach links machen und ich brauche etwa zehn Minuten Fußmarsch und etwa vielleicht eine Wegbeschreibung, wie lange geht man hin etc. Für blinde Menschen wäre das eine erste Hilfe. Der Aufwand, um so etwas einzurichten, ist minimal und kostet nichts. Für hochgradig sehbehinderte Menschen und für ältere Menschen wäre es teilweise schon eine sehr, sehr große Hilfe, wenn an allen Hauswänden der einzelnen Klinikgebäude große Tafeln angebracht wären, wo oben steht, was das für eine Klinik ist und wie man weitergeht, um hier- oder dahin zu kommen, es muss nur sehr, sehr gut sichtbar sein, gerade für ältere Menschen oder hochgradig sehbehinderte Menschen.

Nur selbst Betroffene und somit Spezialisten in eigener Sache können wirklich überprüfen, woran es noch mangelt. Eine Fachgruppe sollte einberufen werden, die sich mit diesem großen Problem beschäftigt und Lösungsvorschläge ausarbeitet. Barrierefreiheit ist somit leicht erzielbar, es scheitert nur am gemeinsamen Willen. Daher freut es mich ganz besonders, dass alle Fraktionen hier bei uns sich seriös an die Arbeit machen und durch gemeinsamen Willen einfach das Land Steiermark und die Kages auch bekehren möchten. Es ist mir eine große Freude, dass wir gerade in diesem sehr, sehr heiklen Bereich überparteilich vorgehen und uns gemeinsam und seriös an die Arbeit machen, das sollte auch in vielen anderen Bereichen so möglich sein.

Ich stelle im Namen aller Fraktionen den

A n t r a g,

seitens der Stadt Graz an das Land Steiermark sowie die Kages mit der Forderung heranzutreten, eine sukzessive Lösung dieses Problembereichs zu bewirken. Gemeinsam werden wir dahinter sein und nachbohren, wir werden sicher sehr, sehr oft noch nachbohren müssen und es wird unsere Aufgabe einfach sein, das Land Steiermark zu bekehren und Graz wird auch in diesem Bereich Vorreiterrolle haben,, und davon profitieren werden täglich tausende Menschen und Österreich wird dann diesem Beispiel folgen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Gleicher Dokumenten-Zugang am Sharepoint-GR-Portal für alle Gemeinderäte/innen und BezirksvorsteherInnen

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. Mayr: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir arbeiten jetzt mittlerweile seit Beginn der Gemeinderatsperiode schon alle, glaube ich, sehr zufriedenstellend mit dem Sharepoint-Portal und der Zugriffsmöglichkeit auf die Ausschusstücke und die Gemeinderatsstücke. Jetzt sind von vielen von uns und auch von Seiten der BezirksvorsteherInnen noch zusätzliche Wünsche geäußert worden und die sind in dem Antrag zusammengefasst worden. Auf der einen Seite die Möglichkeit, dass alle Gemeinderatsmitglieder auch auf die Ausschusstücke jener Ausschüsse zugreifen können, in denen sie nicht unmittelbar Mitglied oder Ersatzmitglied sind. Das zweite Ersuchen in diesem Antrag ist, dass man auch den BezirksvorsteherInnen die Möglichkeit eröffnet, auf dieses Portal zugreifen zu können, weil es natürlich eine Vereinfachung im Informationsfluss und eine schnellere unmittelbare Information für die BezirksvorsteherInnen darstellen würde und der dritte und letzte Punkt wäre die Bitte, weil es in der letzten Gemeinderatsperiode möglich war, auch die Zugriffsmöglichkeit auf die Stücke der Stadtsenatssitzungen. Wie gesagt, die Bitte ergeht natürlich immer unter der Voraussetzung, dass vorher geprüft wird, dass hier keine Vertraulichkeitsbestimmungen wie auch immer verletzt werden, aber das wären die drei Wünsche an die Magistratsdirektion, die in diesem Antrag zusammengefasst werden. Danke.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Zur Einführung von kostenlosen FSME- und Kostenbeteiligung bei Hepatitis-Impfungen für Magistratsbedienstete im Außendienst beziehungsweise Bediensteten mit „Kundenkontakt“, Schulwarte und Beschäftigte im Reinigungsbereich

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren! In meinem Antrag geht es um die Einführung von kostenlosen FSME-Impfungen und Kostenbeteiligungen bei Hepatitis-Impfungen für Magistratsbedienstete im Außendienst beziehungsweise Bedienstete mit Kundenkontakt, Schulwarten und Beschäftigte im Reinigungsbereich. Immer wieder werden Krankheitsfälle bekannt, wo sich für Menschen durch einen Zeckenbiss oder die Ansteckung durch Hepatitis das Leben vollkommen verändert.

Jeder beziehungsweise jede Kranke ist einer beziehungsweise eine zuviel. In Zeiten, da es möglich ist, sich gegen diese Krankheiten zu schützen, sollte es uns ein besonderes Anliegen sein, unsere Bediensteten, die diesen Gefahren im Dienst ausgesetzt sind, zu schützen.

Eine Investition in die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine Investition in das Unternehmen Stadt Graz. Der Versuch, Krankenstände und auch persönliches Leid hintanzuhalten sollte uns - für unsere Mitarbeiter - eine Selbstverständlichkeit sein. Jeder Langzeitkrankenstand, und davon muss man zum Beispiel bei einer Hirnhautentzündung, hervorgerufen durch einen Zeckenbiss, oder der Ansteckung durch Hepatitis ausgehen, bedeutet nicht nur einen menschlichen Schicksalsschlag für die Betroffenen, sondern auch einen effektiven Produktivitätsverlust für die Stadt.

Schützen wir daher unser „Eigenkapital“ und bewahren wir die MitarbeiterInnen vor zumindest diesen Erkrankungen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

1. vom Personalamt Folgendes erheben zu lassen:

Wie viele Bedienstete durch ihren Außenkontakt eine FSME-Impfung benötigen beziehungsweise wie viele Bedienstete davon noch nicht die Gratisimpfung erhalten haben. Ebenso wie viele Bedienstete einen unmittelbaren Kontakt mit Parteien haben beziehungsweise im Reinigungsbereich oder als Schulwarte beschäftigt sind und die Hepatitis-Impfung noch nicht unentgeltlich erhalten haben.

2. Für die Hepatitis-Impfung eine Zweidrittel-Zuzahlung, das heißt, bei drei Teilimpfungen die erste und zweite Teilimpfung soll bezahlt werden, zu gewähren. Die dritte Teilimpfung wäre dann von dem oder der Bediensteten selbst zu tragen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Lärmdämmende Maßnahmen Plabutschtunnel Nordportal

GR. Mag. Rene **Schönberger** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Schönberger**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Damen und Herren in den oberen Rängen! Wie gesagt, es geht um lärmdämmende Maßnahmen, Plabutschtunnel Nordportal, es betrifft hier den 13. Bezirk Gösting und im Speziellen Raach. Im Bereich des Nordportals des Plabutschunnels befindet sich der Siedlungsraum Raach-Gösting. Aufgrund der örtlich vorgegebenen Verhältnisse sind Siedlung, Bahnstrecke, Autobahntrasse sowie Bundes- und Landesstraßen auf engstem Raum situiert. Wegen der sehr starken Zunahme des Autobahnverkehrs in der Größenordnung einer Verdoppelung in den letzten drei Jahren hat die Lärmbelastung der Anrainer, verursacht durch den Straßenverkehr aber auch durch die Bahn, sehr stark zugenommen. Es sind daher

Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Tunnelportal, das wären vollflächige Lärmschutzverkleidungen der Tunnelportale einschließlich der beiden Galerien der Ost- und der Weströhre, sowie Lärmschutzauskleidungen der Betriebszufahrten im Bereich Raachsiedlung und die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der südlichen Bahntrasse unbedingt notwendig.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie heranzutreten, dass dieser die ASFINAG und die ÖBB anweist, wirksame Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Graz-Raach zu errichten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Aufwertung des Mariahilferplatzes durch Sitzbank und Trinkbrunnen

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Titz**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Es geht beide Male um Anliegen, die aus dem Bezirk Lend auch an mich herangetragen wurden. Zum einen Mal um die Aufwertung des Mariahilferplatzes durch die Gestaltung mit einer Sitzbank und einem Trinkbrunnen. Der Mariahilferplatz, der so etwas wie ein grünes Herz hat durch diesen einen Baum in seinem Zentrum, ist dem Bezirksvorsteherstellvertreter Wolfgang Krainer ein besonderes Anliegen und er weist darauf hin, dass weder die Sitzbank noch der Trinkbrunnen ein Hindernis für Veranstaltungen auf diesem Platz darstellen und für Passanten, vor allem hier für Kinder, die sich mittlerweile schon am Brunnen, der da kein Trinkwasser bietet, laben

an heißen Sommertagen und auch daher sozusagen die Notwendigkeit den Platz zu gestalten durch eine solche Wasserquelle und eine Verweilmöglichkeit noch unterstreicht.

In diesem Zusammenhang sollte auch an einen Gießwasseranschluss gedacht werden, zumal auch hier die Geschäftsleute am Platz gerne weiterhin die Wirtschaftsbetriebe bei der Pflege des Baumes und der Pflanzen unterstützen, eine Initiative, die man in der Bezirksarbeit, in der politischen, immer wieder merkt, dass Menschen auch ein bisschen Einfluss nehmen wollen auf ihre direkte Wohn- und Arbeitsumgebung und das ist, finde ich, eine sehr lobenswerte Kleinarbeit politisch, die nicht zu unterschätzen und höchst dankenswert ist.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen, am Mariahilferplatz rund um den dortigen Baum eine einfache Sitzbank zu errichten und einen Trinkbrunnen samt Brauchwasseranschluss zu montieren (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 7) Aufstellung eines Trinkwasserbrunnens und einer kleinen Kneipp-Landschaft am rechten Murufer, Bezirk Lend, auf öffentlichem Gut (Grundstücksnummer 1783/2)**

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Titz**: Auch mein zweiter Antrag ist ebenso aus der Detailarbeit der Bezirksarbeit entsprungen. Auch hier geht es wiederum um die Aufstellung eines Trinkbrunnens und einer kleinen Kneipplandschaft am rechten Murofer, Bezirk Lend, auf öffentlichem Gut, Grundstücksnummer 1783/2. Das rechte Murofer bietet etwa auf halber Höhe zwischen Kalvarienbrücke und Keplerbrücke einen kleinen Grünbereich, der sich als Rastplatz für Erholungssuchende optimal eignen würde: inmitten von Schrebergärten, nahe einem Seniorenwohnheim, entlang des Mur-Lauf- und Spazierweges liegt ein Rasenstück, das sich im öffentlichen Gut befindet. Kollegin ruft mir gerade zu, das wäre technisch nicht möglich, warum nicht?

Zwischenruf GRin. Mag.a Bauer: Die Zuleitung würde 50 Meter benötigen.

Mag. **Titz**: Welche Zuleitung, der Wasseranschluss? Es befindet sich ein Wasseranschluss dort, weil die Feuerwehr hat nämlich eine Hütte aufgestellt und da hat man mir gesagt, das ist ein Wasseranschluss. Gut, aber eine 40-Meter-Leitung Wasseranschluss sollte im 21. Jahrhundert technisch möglich sein in einer Stadt wie Graz, finde ich. Also mit technischen Unmöglichkeiten gebe ich mich grundsätzlich nicht ab, ich bin Politiker und nicht Techniker, obwohl ich natürlich für technische Lösungen mich immer belehren lasse (*Applaus ÖVP*). Aber ich möchte nur nachschicken, so weit reicht mein technisches Verständnis, dass 40 Meter Wasserleitung kein Problem sein dürften, ohne da jetzt die Techniker zu präjudizieren. Ich möchte gemeinsam und in Abstimmung mit Wolfgang Krainer hiermit anregen, für die Bewohner, die Spaziergänger und die Sportler auf diesem Grundstück (Nr. 1783/2) mit vorhandenem Wasseranschluss, Auskunft kam hier auch vom Kanalbauamt auch und vom Wasseramt der Stadt Graz, einen Trinkbrunnen und eine kleine Kneipp-Landschaft mit Kaltwasser-Becken und Barfuß-Trail zu errichten.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle die Errichtung eines Trinkbrunnens und einer solchen kleinen Kneipp-Landschaft mit Becken und Barfuß-Trail entlang dieses Murlauf- und Spazierweges beschließen. Ich danke (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Toilettenanlagen für Spielplätze und Bezirkssportplätze

GR. **Kolar** stellt folgenden Antrag:

GR. **Kolar**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich heute mit einem Anliegen beschäftigen, das in manchen Bereichen dringlich und manchmal auch sehr dringlich ist, obwohl es nur ein normaler Antrag ist. So erfreulich das doch einigermaßen dichte Netz und die gute Ausstattung an öffentlichen Spielplätzen und Bezirkssportplätzen in Graz ist, sorgt der Mangel über das Fehlen von Toilettenanlagen bei vielen Eltern und Benutzern für Unmut und manchmal auch, ein bisschen ironisch gemeint, für Verzweiflung.

Das wurde zuletzt wieder bei der Eröffnung des Spielplatzes Junges Europa in Eggenberg offenkundig, bei der die zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker von den Eltern auf diesen Umstand angesprochen wurde und versprochen hat, sehr rasch Abhilfe zu schaffen. Leider, und dieser Umstand verärgert mittlerweile die Betroffenen sehr, ist vom versprochenen WC bis heute aber nichts zu sehen.

Wie gesagt: Der Spielplatz Junges Europa steht nur als ein Beispiel – um Spielplätze und Bezirkssportplätze wirklich attraktiv und kundinnenfreundlich zu machen, ist eine generelle Ausstattung mit WC-Anlagen unabdingbar. Denn das Argument, die Kinder

und Jugendlichen könnten ohnehin nach Hause gehen, ist doch wohl nicht wirklich stichhältig.

In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den unter Anführungszeichen „dringlichen“

A n t r a g ,

und ich hoffe, dass er rasch behandelt wird, die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, die städtischen Spielplätze und Bezirkssportplätze mit WC-Anlagen auszustatten (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich erinnere mich noch sehr gerne an diese Eröffnung dieses wunderschönen Spielplatzes und ich habe nicht vergessen, was ich dort versprochen habe und es gab auch schon Vorgespräche mit der Liegenschaftsabteilung, weil das ist eine Angelegenheit, die ich eben nicht allein in meinem Ressort lösen kann und die müssen wir in Zusammenarbeit lösen. Wir tüfteln an einer Lösung, wobei Junges Europa als Spielplatz nicht so schwierig ist, weil dort an und für sich schon eine WC-Anlage da war. Bei anderen Anlagen ist es etwas schwieriger und wir versuchen natürlich, eine Gesamtlösung zu finden.

9) Grundumlegung KG Andritz Grundstücksnummer 273/8, 273/9, 273/10, 258/1

GR. **Wippel** stellt folgenden Antrag:

GR. Wippel: Es geht um die Grundumlegung in der Katastralgemeinde Andritz, Grundstücksnummer 273/8, 273/9, 273/10 und 258/1. In Oberandritz befindet sich am Eichengrund ein Sportplatz der Stadt Graz bestehend aus einem Fußballplatz, der manchmal im Winter bei entsprechender Witterung auch als Eislaufplatz genutzt wurde und zwei kleineren Tennisplätzen. Das sind die Grundstücke mit der Nummer

273/8, 273/9 und 273/10. Die rundumliegenden Grundstücke sind als Reines Wohngebiet geringer Dichte (WR, 0,2 – 0,4) gewidmet und als solche auch bereits verbaut bis auf die Grundstücke, die nördlich anschließen. Hier ist entlang der Stattegger Straße ein Grundstück als Allgemeines Wohngebiet mit einer Dichte bis maximal 0,6 gewidmet und auch verbaut und ein Freiland ist auch noch gewidmet, direkt im Norden, das dann an den Rielteich anschließt.

Das Grundstück 258/1 der KG Andritz ist das noch als Freiland gewidmete Gebiet, das im Norden, wie gesagt, an den Rielteich angrenzt. Für dieses Grundstück gibt es von Seiten der Eigentümer Bestrebungen, es in Bauland umwidmen zu lassen, weil das eine Fortführung der Siedlungstätigkeit entlang der Stattegger-Straße darstellen würde.

Da es durch den Sportplatz in der Vergangenheit auch öfters zu Beschwerden gekommen ist, wäre eine Grundumlegung in der Hinsicht sinnvoll, dass die Grundstücke 273/8, 273/9 und 273/10 einer Wohnbebauung geringer Dichte zugeführt und dafür im selben Ausmaß das Grundstück 285/1 für die Nutzung eines Sportplatzes gewidmet werden soll.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats, eine Grundumlegung wie im Motivenbericht dargelegt zu überprüfen, und mit den Liegenschaftseigentümern diesbezüglich Kontakt aufzunehmen (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Gefährdete Fahrgäste im Haltestellenbereich Roseggerhaus

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister! Auf der Gemeinderatstagesordnung war ja ein Informationsbericht zur Annenstraße. Mein Antrag beschäftigt sich auch mit der Annenstraße in der jetzigen Form und der soll vor allem die Gefahr der Fahrgäste mindern. Bei den Straßenbahnhaltestellen Roseggerhaus, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts, kommt es täglich zu gefährlichen Situationen und Beinahe-Unfälle zwischen ein- und aussteigenden GVB-Fahrgästen und dem Kfz-Verkehr. Sobald sich eine Straßenbahn der Haltestelle nähert, betreten wartende Fahrgäste die Fahrbahn. Viele Kraftfahrzeuglenker fahren mit nicht angepasster Geschwindigkeit, werden in der Folge von den Fußgängern überrascht und müssen eine Notbremsung einleiten. Um die Fahrgäste, betroffen sind vor allem Kinder, Senioren und Körperbehinderte, besser schützen zu können, muss die Ursache überhöhte Geschwindigkeit bekämpft werden. Ampellösungen bei Haltestellen haben sich in der Vergangenheit als schlechtes Mittel gezeigt, die sind nicht das optimale Mittel, da sie den Verkehrsfluss zu stark behindern. Aber es gibt eine bessere Abhilfe. Sie wird in der Stadt Graz auch schon umgesetzt.

Fahrbahnerhöhungen, wie zum Beispiel an der Haltestelle Schönbrunngrasse, wirken wie Bremshügel und Kfz-Lenker sind gezwungen, die Geschwindigkeit zu reduzieren. Da in der Annenstraße, als Folge von Revitalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit dem geplanten ECE-Einkaufscenter, mit steigendem Verkehr zu rechnen ist, muss diese Sicherheitslücke an den Haltestellen umgehend entschärft werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stellte ich den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsstellen beauftragen, den Bau von Fahrbahnerhöhungen an den Straßenbahnhaltestellen Roseggerhaus zum Schutze der wartenden Fahrgäste in die Wege zu leiten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Ja zu neuen Wasserkraftwerken südlich von Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kollegin, liebe Kolleginnen! Die Nutzung regenerativer sauberer österreichischer Energiereserven, insbesondere Biomasse, Solarenergie und einheimische Wasserkraft – sind erst recht bei den jetzt sehr stark spürbaren rasant steigenden Energiepreisen sowohl ökologisch unverzichtbar als auch wirtschaftlich hoch attraktiv. Jede Verbesserung der bestehenden Energieversorgung im Großraum Graz müssen allein aus Gründen der Verbesserung der Versorgungssicherheit vorgenommen werden.

Es ist für unsere Volkswirtschaft eine äußerst sinnvolle Investition, auf der Strecke südlich von Graz, auf der Strecke Graz und Wildon, neue Wasserkraftwerke mit möglichen Staustufen in Puntigam, Gössendorf und Kalsdorf zu errichten und zu betreiben. Dies entspricht auch den internationalen Vereinbarungen, die Österreich getroffen hat, ich erinnere an die Weltklimakonferenz in Kyoto und Bali, deren Beschlüsse zu Recht zur Umsetzung von der Bevölkerung gefordert wird und hierüber besteht zumindest meines Erachtens im Grazer Gemeinderat auch breiter Konsens.

Das Investitionsvolumen für diese Wasserkraftwerke würde durch heimische Energieversorger und weiters auch durch österreichische, großteils sogar steirische Unternehmen der Branchen Anlagenbau, Bau- und Wasserkraftwirtschaft getragen werden und eine sehr, sehr hohe Wertschöpfung in unserem Lande, in unserer Heimat erzielen. Dies ist besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Abschwächung, Stagnation als Begriff eine sehr positive antizyklische Investition, die auch hilft, Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise neue zu schaffen. Durch neue Wasserkraftwerke könnten allein in Graz 10.000 Haushalte mit umweltschonender

regenerativen Energie bewirken und es hätte sehr, sehr positive Auswirkungen. Allein die CO₂-Emissionen in Graz, allein die zwei Wasserkraftwerke, ich habe mich da genau informiert der Staustufen Kalsdorf und Gössendorf würden allein das CO₂-Ausstoßungsvolumen von 60.000 Pkw reduzieren mit einer Jahresleistung von 15.000 t auf Basis eines VW-Golfs, dann sieht man, was das auch für die Umwelt für positive Auswirkungen hätte.

Die Argumentation, die in letzter Zeit ins Treffen geführt worden sind von den Grazer Grünen, sind in der Weise, dass mit diesen Wasserkraftwerken die Erhaltung der Muraueu sozusagen, das mit dieser Forderung kollidieren würde, ist meines Erachtens völlig in die Leere gehend. Genaue historische Betrachtungen zeigen, dass auf dem besagten Streckenabschnitt zwischen Graz und Wildon, das sind ungefähr 17 Kilometer, bereits Ende des 19. Jahrhunderts der natürliche Verlauf der Mur massiv durch Einziehung von Dämmen in ein kanalartiges Regulierungsgerinne verändert worden ist. Große Wasserflächen und Schotterflächen gingen damals verloren, ebenso auch die Schotterinseln, die damals bestanden haben im Murverlauf. Viele abgetrennte Gewässerarme wurden auch nicht mehr durchströmt, es kam zu fortschreitenden Verlandungen, während der Hauptstrom in der Flusssohle eine verstärkte Eintiefung, wie wir es sehr vielen Flüssen oder Strömen beobachten können, auch dort stattgefunden hat.

Aber es hat auch positive Auswirkungen gegeben dieser Regulierungen, es wurde die Gefahr der Überflutung massiv eingedämmt. Es wurde zusätzliches Bauland geschaffen für Wohnfläche allein 300 Hektar, es wurden 50 Hektar Industriegründe dadurch geschaffen und auch 56 Hektar, die heute für Verkehrsflächen verwendet werden. Das Ganze ist auch entsprechend dokumentiert vom Land Steiermark. Heute geht es darum, eine Abwägung zu treffen, weil dieses Thema natürlich eine Querschnittsmaterie ist, zwischen Wirtschaftlichkeit, der Ökologie, Naturerhaltung oder Naturschaffung und auch sozialen Aspekten. Besonders die kleinen Verbraucher, ich denke da an Privathaushalte und Gewerbetreibende, sind sehr stark durch die Energiepreise betroffen. Die Stadt Graz ist hier, sage ich einmal, gefordert, entsprechend tätig zu werden und das kann nicht sein, dass wir sozusagen die Energieeffizienzprojekte, wie es in der Forderung der Grünen genannt worden ist, auf den privaten Haushalten aufbauen und sagt, macht, investiert und wir

schauen dann, ob ihr das gemacht habt, das alleine kann so nicht funktionieren, es muss also Objektförderungen geben, bedeutende Objektförderungen und Steuererleichterungen, alles andere gilt für mich als zynisch und asozial.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Mariacher**: Das ist keine Verzerrung, ich habe Ihre Aussendung gelesen. Die Vorteile dieser Wasserkraft sollten natürlich auch einen sozialen Beweggrund dahinter stellen, es sollten Vergünstigungen, gerade für soziale Schwache, ich denke hier an Pensionisten, aber auch Jungfamilien oder Mehrkinderfamilien, erreicht werden. Die Lebensgrundlagen 10.000er Grazer sollten auch durch diese Bauten verbessert werden. Für die neue Wasserkraftwerke südlich von Graz spricht in hohem Maße die Hoffnung und die Wartung einer Reduktion von Staub und CO₂ mit einer bedeutsamen Auswirkung auch auf die Verbesserung der Grazer Luft, die uns allein durch die Kessellage in Graz ja weithin besondere Schwierigkeiten macht über Jahrzehnte, ebenso wie die Möglichkeit, diese zusätzliche Energie billig an sozial unterprivilegierte Schichten in Graz, ich denke an Pensionisten ebenso wie Jungfamilien, auch verbessert abzugeben, so wie die Chance im einen neu geschaffenen Staubecken auch entsprechende neue Naherholungsgebiete zu erschließen, in denen selbstverständlich auch ökologische Nischen integrierend einzubauen sind.

Ich stelle zu diesem komplexen, aber sehr, sehr wichtigen Thema für Graz und für den Ballungsraum Graz, der natürlich etwas auch über die Spur der Stadtgrenze hinausgeht, im Namen des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, die für Grünraum und Gewässer sowie Gesundheit zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Frau Stadträtin Mag. Eva-Maria Fluch und Herrn Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler zu beauftragen, an das Land

Steiermark mit der Forderung, neue Wasserkraftwerke südlich von Graz errichten zu lassen, heranzutreten und hierbei die kooperative Unterstützung durch die Stadt Graz anzubieten, mit dem Ziel, die Luft in Graz zu verbessern und den seitens der Stadt Graz erzielten Erlös in Form von billigem Strom an Grazer Pensionisten und insbesondere an Grazer Jungfamilien als besondere Familienförderung abzugeben. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Dringende Maßnahmen des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Euro EM-08 in Graz

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir alle wissen, Österreich liegt im Euro-Fieber. Die Austragungsorte Wien, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck sind optimal vorbereitet. Leider ist Graz kein Austragungsort der Fußballeuropameisterschaft, was nicht zuletzt an der unprofessionellen Vorgangsweise der verantwortlichen Politik im Land und in der Stadtebene lag. Dennoch wird es dankenswerterweise in Graz sogenannte Public-Viewing-Veranstaltungen rund um die Euro geben.

Wie wir heute einem Artikel der Kronen Zeitung entnehmen konnten, hat es seitens der zuständigen Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin keinerlei Vorbereitungen in Hinblick auf konsumentenfreundliche Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gegeben.

Jetzt ist es aber so, dass wir in zwei Tagen die Euro vor der Haustüre haben. Aus diesem Grund sind die Fahrpläne der Grazer Verkehrsbetriebe diesem einzigartigen Großereignis umgehend anzupassen und die bisherige Säumigkeit der Frau Vizebürgermeisterin in diesem Bereich zu beheben.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der zuständige Aufsichtsratsvorsitzende der Graz AG (vormals Grazer Stadtwerke AG) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und seine Stellvertreterin, die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, werden umgehend aufgefordert - in sofortigen Verhandlungen mit den Vorständen der Graz AG sicherzustellen, dass eine umfassende Begleitung seitens der öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt Graz für die Public-Viewing-Veranstaltung im Rahmen der Euro-EM-08, gewährleistet ist.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wird geschäftsordnungsgemäß erledigt mit dem Hinweis, dass die Verstärkungen der Busse und Straßenbahnen ab 23.00 Uhr selbstverständlich umgesetzt werden und schon nicht nur geplant sind, sondern alle schon, wenn ich so sagen darf, mit Bus und Bim zur Verfügung stehen.

13) Sofortige Abstandnahme der Ausweitung der Grünen Zonen in Graz

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren, der nächste Anschlag auf die Geldtaschen der Grazerinnen und Grazer steht ins Haus. Wie mehrere Medien schon berichten, ist eine saftige Erhöhung der Parkgebühren für die Grünen Zonen der Stadt um unglaubliche 30 Prozent geplant.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schröck**: Bitte heute nachzulesen in der Kronen Zeitung. Zudem sollen die Grünen Zonen auch in Richtung Mariatrost/Fölling und Liebenauer Stadion ausgeweitet werden.

Jetzt ist es aber so, dass gerade die Einführung der Grünen Zonen dafür verantwortlich ist, dass viele Konsumentinnen und Konsumenten aus den steirischen Bezirken das Zentrum der Stadt meiden und von den Einkaufszentren zuzusagen abgefangen werden. Leittragende sind die Klein- und Mittelbetriebe und in weiterer Folge die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Stadt, deren Arbeitsplätze massiv gefährdet sind.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, von ihren Plänen zur Erhöhung der Gebühren der Grünen Zonen sowie der Ausweitung dieser umgehend Abstand zu nehmen. Danke.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.